

Rassismus mittendrin – Sozial(staats)-regime in den urbanen Zentren Europas ethnografisch analysieren

Ein Kommentar zu Bernd Kasperek

LISA RIEDNER

ABSTRACT

Dieser Beitrag schlägt vor, das Beratungscafé einer Erwerbsloseninitiative in Berlin als paradigmatische *site* der ethnografischen Analyse von Grenz- und Migrationsregimen und damit auch von Konjunkturen des Rassismus in Europa zu betrachten. Auf dieser Grundlage argumentiert er, dass aktuelle Versuche des Regierens von und in der Europäischen Union Dynamiken der Desintegration und der Renationalisierung Europas integrieren.

Diese Dynamiken verbinden sich mit aktivierenden Reformen europäisierter Sozialpolitik und mit nekropolitische Verbannung zu einem relativ stabilen politischen Gefüge. Die Konflikte um diese sozial- und migrationspolitischen Versuche des Regierens sind auch Auseinandersetzungen um Arbeits- und Lebensverhältnisse in den urbanen Zentren Europas.

SCHLAGWORTE

Europäisierung, Migration, Ethnografie, Grenze, Sozialpolitik

ZITIERVORSCHLAG

Riedner, L. (2026): Rassismus mittendrin – Sozial(staats)regime in den urbanen Zentren Europas ethnografisch analysieren. Ein Kommentar zu Bernd Kasperek. In: Berliner Blätter 92, 149–156. DOI: 10.60789/921221.

Ausgehend von seiner Forschung zur EU-Außengrenze und zu Konflikten um die Harmonisierung der europäischen Asylpolitik fragt Bernd Kasperek nach den paradigmatischen *sites* der Analyse von Grenz- und Migrationsregimen in Zeiten der Desintegration der Europäischen Union. Ich teile sein Interesse, aktuelle Konjunkturen des Rassismus in Europa entlang von Konflikten um Migration ethnografisch in den Blick zu nehmen, möchte aber die Aufmerksamkeit von den Außengrenzen in die urbanen Zentren EU-Europas lenken – konkret auf das Beratungscafé einer mehrsprachig arbeitenden Erwerbsloseninitiative in Berlin.

Im Jahr 2023 habe ich etwa zehn Monate mit der Erwerbsloseninitiative BASTA! im Rahmen der Forschungsgruppe *Contestations of ‚the Social‘*¹ ethnografisch geforscht. Es ging dabei nicht um eine Bewegungsforschung, sondern darum, ausgehend von BASTA!s alltäglichen Auseinandersetzungen mit staatlichen und nicht-staatlichen Akteur:innen heutige Transformationen des Regierens, des Rassismus und weiterer sozialer Verhältnisse zu verstehen. Inhaltlich erscheint mir die Kooperation besonders interessant, weil die Gruppe ihre Kritik am zentralen Stellenwert der Lohnarbeit in der Arbeitsgesellschaft mit der Kritik an migrationspolitischen Ausschlüssen und rassistischer Repression verbindet.

Einmal die Woche öffnet BASTA! die Tür des Erdgeschosses eines Hausprojektes im Berliner Wedding, um Menschen, die Armut und Prekarität erfahren, lebensnahe Beratung und Unterstützung anzubieten. Jede Woche kommen etwa 20 bis 40 Personen mit Fragen zum Umgang mit dem Jobcenter, aber auch mit Arbeitgeber:innen (meist in Niedriglohnssektoren), (Unter-)Vermieter:innen, der Ausländerbehörde, der Familienkasse und so weiter. Im *Schattenbericht Armut* beschreiben Aktive von BASTA! ihre Arbeit folgendermaßen:

„Die Menschen, die zu uns kommen, [...] lernen Akte des Eigensinns und der Widerständigkeit. Jede:r nach ihren oder seinen Fähigkeiten, jede:r nach den eigenen Möglichkeiten, das ist uns wichtig. Durch die offene Beratung mit vielen unterschiedlichen Personen im Raum wird erfahrbar, dass die Existenzsicherung keine individuelle Auseinandersetzung ist, wie das irrational und ideologisch im Kapitalismus immer wieder erzählt wird.“ (Gemeinhardt/Wiebke 2025, 45)

An einem Mittwochnachmittag im Juni 2023 sitze ich mit einer weiteren Person, die bei BASTA! aktiv ist und schon etwas mehr Erfahrung hat als ich, an einem Tisch und begegne folgenden Menschen und ihren Geschichten:

Ein junger Mann setzt sich zu uns. Er ist vor dem russischen Angriffskrieg aus der Ukraine geflohen, wo er Medizin studiert hatte. Er hat den Pass eines westafrikanischen Landes und in Deutschland nur einen prekären Aufenthaltsstatus, aber Anspruch auf staatliche Grundsicherung. Vor einem Monat hat er einen Antrag zur Weiterbewilligung von Bürgergeld gestellt, aber noch keine Antwort erhalten. Gemeinsam schreiben wir ein Fax an das Jobcenter, in dem wir eine Frist für die Bearbeitung setzen. Er erklärt, dass ihm die vielen Briefe und Anforderungen des Jobcenters den letzten Nerv rauben. Er arbeitet Teilzeit in der Gastronomie und sucht dringend einen Job mit mehr Arbeitsstunden, weil er endlich unabhängig vom Jobcenter leben möchte.

¹ Es handelt sich um eine an der LMU angesiedelte Emmy Noether-Nachwuchsgruppe, gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) - Projektnummer 490697580.

Später schildert ein Mensch mit spanischer Staatsbürgerschaft seine Lage. Nachdem er seinen undokumentierten Job in der Reinigung hingeschmissen hatte, verlor er auch sein WG-Zimmer. Nun ist er obdachlos. Wir geben ihm Adressen von Not-schlafstellen und raten ihm, Bürgergeld und eine reguläre Notunterkunft zu beantragen. Dafür bräuchte er als EU-Bürger in der Regel aber einen Job.

Als nächstes beraten wir eine Person mit deutscher Staatsbürgerschaft, die Bürgergeld bezieht. Sie hat Angst, dass das Jobcenter die Zahlungen kürzt, wenn sie ihr Jobangebot ablehnt. Sie soll für ein Subunternehmen bei Amazon putzen, hat allerdings Rückenprobleme und kann deswegen nicht so hart und so viele Stunden arbeiten. Wir beraten sie, wie sie den Job ablehnen und dabei Sanktionen vermeiden kann.

Dann kommt eine Person, die in einer bayerischen Kleinstadt gemeldet ist und dort Bürgergeld bezieht. Seit etwa einem Jahr wohnt sie aber eigentlich in Berlin informell zur Untermiete. Das Jobcenter schreibt allerdings Ortsanwesenheit am Meldeort vor. Einen Umzug kann sie erst mit einem geeigneten Mietangebot beantragen, das angesichts des angespannten Wohnungsmarktes schwierig zu finden ist. Wir können ihr zwar nicht weiterhelfen, eine andere ratsuchende Person gibt ihr aber Tipps, wie sie das Risiko minimieren kann, dass ihre nicht genehmigte Ortsabwesenheit entdeckt wird.

Nach etwa drei Stunden haben die vier Teams etwa 25 Personen mit ganz unterschiedlichen Anliegen beraten. Auch wenn es oft um Probleme mit dem Bürgergeld oder Asylbewerberleistungen, mit prekärer Lohnarbeit oder Selbstständigkeit, mit (Unter-)miete, Anmeldung und Aufenthaltsstatus geht, beeinflussen verschiedene Konstellationen von sozial- und migrationsrechtlichen Ein- und Ausschlüssen die Lebens- und Arbeitsrealitäten der Ratsuchenden auf unterschiedliche Weisen.

Konflikte um Migration in den Zentren Europas

Dieser Einblick in den Beratungsalltag einer Erwerbsloseninitiative zeigt, dass die Gegenwart der Migration und des Rassismus in Europa auch in den Zentren sichtbar wird. Nicht nur an den Außengrenzen, sondern auch hier finden Konflikte und *troubles* um Bewegungsfreiheit, ein gutes Leben und Mitbestimmung statt. Aktuelle Migrations- und Grenzregime werden in diesen Kämpfen auf spezifische Weise fassbar:

Den Konflikten und Alltagspraktiken von Menschen, die Unterstützung bei BASTA! suchen, zu folgen, verweist erstens auf ihre materielle Dimension. Migrations- und Sozialpolitik beeinflussen die Arbeits- und Lebensverhältnisse der *working poor* in der deutschen Hauptstadt. In Anschluss an das Buch *Border as Method* von Sandro Mezzadra und Brett Neilson (2020) lässt sich auch in Berlin von einer „Multiplikation der Arbeit“ sprechen. Heutige Migrations- und Grenzregime sind in diesem Sinne auch als Prekarisierungs- und Multiplikationsmaschinen städtischer Ökonomien zu verstehen. Das Beratungscafé als *site* ermöglicht also, die Frage nach neuen Konjunkturen des Rassismus mit der Analyse aktueller Transformationen des Kapitalismus zu verbinden.

Zweitens erscheint der Aufenthaltsstatus im Besonderen und die Migrationspolitik im Allgemeinen nur als einer von mehreren Faktoren, die die jeweiligen Handlungsfelder abstecken. Eine Vielzahl von Statusgruppen geht mit jeweils spezifischen Sets von Sozial-, Arbeits- und Aufenthaltsrechten einher. Migrantisierung und Staatsbürgerschaft sind nur ein Modus der Regierung der Bevölkerung in der transnationalen Migrations- und Arbeitsgesellschaft. Die Scheuklappen der „Migrantologie“ (Bojadžijev/Römhild 2014, 20) abzusetzen, die den forscherschen Blick auf Migration und Migrant:innen beschränken, erlaubt den Blick auf eine postmigrantische Gesellschaft der Vielen auszuweiten. In der Forschungsgruppe *Contestations of ‚the Social‘* entwickeln wir das Konzept der Sozial(staats)regime, auch weil sozialpolitische Grenzziehungen und Zugriffe auf Praktiken der Mobilität nicht nur Menschen ohne deutschen Pass betreffen. Migrations- und Grenzregime sind Teil vom Sozial(staats)regimen, gehen aber nicht in diesen auf.

Aus dieser erweiterten Perspektive lässt sich drittens genauer untersuchen, welche Rolle Migrations- und Grenzpolitik in diesen Auseinandersetzungen um soziale Reproduktion, Arbeit und Rassismus spielen und wo sie – vielleicht auch unerwartet – auftauchen: etwa in Jobcentern oder Obdachlosenunterkünften.

Viertens zeigt sich im Beratungsalltag von BASTA! ein komplexes Geflecht von kommunalen, nationalen, EU-europäischen und internationalen Regelungen. In den obigen Beispielen trafen wir allein auf der juristischen Ebene auf nationales Sozial- und Asylrecht, EU-Richtlinien zur Freizügigkeit und kommunale Unterbringungspolitik, um nur einige zu nennen. Dies zeigt auch, dass Forschung nicht zu methodologischem Nationalismus verdammt ist, nur weil sie innerhalb eines Nationalstaates stattfindet.

Auf dieser Grundlage lässt sich nun die Frage stellen, welche Rolle die europäische (Des-)Integration in diesen städtischen Sozial(staats)regimen spielt. Blitzt Europa tatsächlich nur als ein Echo auf, wie Bernd Kasperek schreibt, oder ist es doch wirkmächtiger? Zur Beantwortung dieser Frage möchte ich in diesem kurzen Kommentar weder auf die historisch gewachsene geopolitische und kulturelle Position Europas in einer ungleichen, nicht zuletzt von Kolonialismus geprägten Welt eingehen (vgl. Adam u. a. 2019), noch auf die Effekte der EU-Außengrenzen (vgl. Kasperek 2021; TRANSIT MIGRATION Forschungsgruppe 2015), sondern auf die Regulierung der Mobilität innerhalb der Europäischen Union und die besondere Rolle der Sozialpolitik in den aktuellen Migrations- und Grenzregimen.

Regieren von Migration innerhalb der EU durch Sozialpolitik

Mit der Einführung der Freizügigkeit für Bürger:innen der EU im Zuge der Etablierung des gemeinsamen Marktes und der Aufhebung der nationalen Grenzkontrollen durch das Schengener Abkommen konnten sich EU-Bürger:innen und andere Staatsbürger:innen frei innerhalb der EU bewegen. In früherer Forschung habe ich gezeigt, wie dieses Vakuum bei der Mobilitätskontrolle innerhalb der EU und ihrer Mitgliedstaaten auf kreative Weise gefüllt wurde: Als das klassische Instrumentarium der nationalen Migrationsregelungen für EU-interne Migrant:innen nicht mehr funktionierte, erfanden sich Sozial- als Grenzbehörden neu (Riedner 2018; Riedner/Hess 2024).

Seit 2006 schließt das Zweite Sozialgesetzbuch Ausländer:innen, „deren Aufenthaltsrecht sich allein aus dem Zweck der Arbeitsuche ergibt“, von Bürgergeld bzw. Hartz IV aus. Dies betraf zunächst vor allem Unionsbürger:innen und galt lange Zeit als europarechtswidrig. Doch 2014 legitimierte der Europäische Gerichtshof den Ausschluss im Fall einer nicht arbeitssuchenden Rumänin, die in Deutschland lebte. Generalanwalt Wathelet hatte vor einer drohenden „Massenzuwanderung“ gewarnt, „die eine unangemessene Inanspruchnahme der nationalen Systeme der sozialen Sicherheit nach sich ziehen könnte“ (Wathelet 2014). Die deutsche Regierung durfte an der umkämpften Gesetzgebung festhalten. Die nationalprotektionistischen Kräfte siegten, auch wenn die Freizügigkeit von Menschen mit Arbeitnehmer:innenstatus nicht angegriffen wurde.

Die Zone der sozialstaatlichen Verbannung, in der Menschen zwar aufenthaltsberechtigt, aber von existenzsichernden Leistungen ausgeschlossen sind, wurde in den letzten Jahren immer weiter vergrößert: Schon seit 2006 gilt der Ausschluss auch für Geflüchtete mit Aufenthaltsstatus in einem anderen EU-Land und ausländische Studierende im ersten Jahr nach Studienabschluss. Seit der Verabschiedung des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes von 2023 erhalten auch solche Personen kein Bürgergeld, die ein Aufenthaltsrecht allein zum Zwecke der Suche nach einem Ausbildungsplatz oder einem Studienplatz haben oder im Besitz einer ‚Chancenkarte‘ sind. Ein Jahr später schloss das sogenannte Sicherheitspaket Geflüchtete von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) aus, wenn ein anderer EU-Mitgliedsstaat als für sie zuständig gilt, die Ausreise möglich ist und kein Härtefall vorliegt. Im gleichen Jahr hat die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) den Mitgliedsstaaten verboten, Asylsuchenden, die in einem anderen EU-Staat aufenthaltsberechtigt sind, Leistungen auszuzahlen. Wohlfahrtsverbände warnen vor der Verelendung und Obdachlosigkeit von immer mehr Menschen in Deutschland (Der Paritätische Gesamtverband 2024).

Diese sozialrechtlichen Ausschlüsse verstoßen aus Sicht von Expert:innen sowohl gegen die Prinzipien der Sozialstaatlichkeit und der Menschenwürde, wie sie im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland festgelegt sind, als auch gegen europarechtliche Vorgaben (ebd.). Dies hält die Gesetzgeber:innen, wie auch Bernd Kasperek anhand anderer Beispiele zeigt, aber nicht von ihrer Implementierung ab.

Von gesetzgebender Seite her sind sie einerseits durch die Logiken des aktivierenden Sozialstaates motiviert, der soziale Rechte an Erwerbstätigkeit knüpft, um Menschen in Arbeit zu bringen. Bisher gilt diese radikalisierte Form des *workfare* nur für Menschen ohne deutschen Pass, doch nicht erst seit der chauvinistischen Stimmungsmache im Bundestagswahlkampf 2025 wird darüber diskutiert, auch deutschen Staatsbürger:innen die Grundsicherung zu verweigern, wenn sie Arbeitsangebote nicht annehmen.

Zum anderen folgen die Ausschlüsse einer restriktiven migrationspolitischen und nationalprotektionistischen Logik der Push- und Pull-Faktoren. So stellte der Europäische Rat in Bezug auf den Leistungsausschluss im Rahmen des GEAS fest: „Sogfaktoren und Sekundärmigration sollen unterbunden werden“ (Europäischer Rat, o. J.). Ein konservativer Jurist spricht sich in einer Stellungnahme für den Bundestag für eine klare Aufteilung der Verantwortung für soziale Sicherung zwischen einzelnen Staaten aus. Er spricht vom „Leistungsausschluss bei anderweitiger Schutzgewährung“, da es den Betroffenen freistehe, sich in den für ihren Schutz zuständigen Staat zu begeben (Thym 2024).

Neben der Einführung physischer Grenzkontrollen und dem Scheitern des europäischen Asylrechts versuchen die Kräfte der Renationalisierung also, auch die internen Grenzen um die nationale Formation des Sozialstaats enger zu ziehen. Statt einer Desintegration sehe ich aber viel eher eine Verschränkung des Nationalprotektionismus mit dem neoliberalen Aktivierungsparadigma, die schon längst mächtiger Teil des europäischen Projekts geworden ist. Hier entstehen neue Technologien des Regierens, neue Formen des Ein- und Ausschlusses, die auch die Konturen der im Entstehen begriffenen Konjunkturen des Rassismus erahnen lassen.


Die widersprüchlichen Prozesse der autoritären, nationalprotektionistisch-neoliberalen Europäisierung artikulieren sich nicht zuletzt, wie auch Bernd Kasperek hervorhebt, in transnationalen digitalen Infrastrukturen der Kontrolle. Um grenzüberschreitenden Sozialhilfebetrug zu verfolgen, nutzen deutsche Behörden das *Internal Market Information System* (IMI), eine Plattform der EU zur Verwaltung und Überprüfung von Sozialversicherungs- und Arbeitsmarktregelungen, für Anfragen an andere Mitgliedstaaten und das EESSI-System für den elektronischen Austausch von Sozialversicherungsdaten (*Electronic Exchange of Social Security Information*, vgl. auch Mulder 2024). Außerdem arbeiten sie mit der European Labour Agency (ELA) zusammen. Dabei verbinden sich die oben beschriebenen leistungsorientierten Ausschlüsse von sozialen Rechten mit dem Schutz vor Überausbeutung migrantischer Lohnabhängiger und der Protektion der national verfassten Sozialsysteme in Europa in unheimlichen Arbeitsbündnissen zwischen gewerkschaftlichen, sozialpolitischen, polizeilichen und grenzschützenden Akteur:innen.

Antirassismus als Methode

Die bewegungsbasierte ethnografische Analyse von Sozial(staats)regimen in Zusammenarbeit mit einer mehrsprachigen Erwerbsloseninitiative folgt dem methodischen Ansatz der Grenzregimeanalyse (Tsianos/Hess 2010) auch insofern, als dass sie Praktiken des Widerstands, der Flucht und des Entziehens gegenüber Versuchen des Regierens zum Ausgangspunkt nimmt – oder, mit Manuela Bojadžijev gesprochen, Antirassismus als Methode verwendet (2020). Das Beratungscafé der Erwerbsloseninitiative bietet Raum nicht nur für Rechtskämpfe und Forderungen an staatliche Institutionen und Unternehmen, sondern auch für vielfältige informelle Beziehungsweisen und gemeinsame Organisation auch über differenzierende Grenzziehungen hinweg.

Um heutige Konflikte um Rassismus zu verstehen, ist es sinnvoll, auch ökonomische Logiken und Arbeitsmärkte anzusehen. Ich habe gezeigt, dass die Kämpfe der Erwerbsloseninitiative aktuelle Versuche des Regierens von und in der Europäischen Union sichtbar machen. Diese Versuche verbinden die ‚freie‘ Mobilität von Arbeitskraft im gemeinsamen Markt mit aktivierenden Reformen der Sozialpolitik und rassistisch-nationalen Politiken der Migrationsabwehr. Diese Prozesse der ökonomisierten (Des-) Integration prekarisieren Lebens- und Arbeitsverhältnisse. Dabei ermöglichen sie manchen Menschen eine gewisse Teilhabe und Absicherung in kapitalistischen Verhältnissen, schaffen aber auch Zonen der sozialen und rassialisierten Verbannung (vgl. Roy 2019), in denen Menschen dem Sterben überlassen werden – sowohl an den

Außengrenzen als auch in den urbanen Zentren Europas. Zwischen Kommune, Nation und EU entsteht eine flexible Assemblage von Logiken, Praktiken und Infrastrukturen der sozialen Sicherung, der Aktivierung und des Ausschlusses – die jedoch umkämpft bleibt, nicht nur im Berliner Wedding.

LISA RIEDNER  leitet die von der DFG-geförderte Emmy Noether-Nachwuchsgruppe "Auseinandersetzungen um ‚das Soziale‘ – Hin zu einer bewegungsbasierten ethnografischen Sozial(staats)regimeanalyse" am Institut für Empirische Kulturwissenschaft und Europäische Ethnologie der LMU München (2022–2028). Seit April 2026 ist sie Professorin für Politische Anthropologie am Institut für Kulturanthropologie und Europäische Ethnologie der Universität Graz.

DANKSAGUNG

Mein besonderer Dank gilt neben BASTA! auch meinen Kolleg:innen Paula Brücher, Tim Herbold, Andreea-Valentina Moraru und Felix Triska für die konstruktive Zusammenarbeit und die wertvollen Kommentare zu diesem Text sowie der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) für die finanzielle Förderung der Nachwuchsgruppe im Rahmen des Emmy Noether-Programms (Projektnummer 490697580).

LITERATURVERZEICHNIS

Adam, Jens u. a. (Hg.) (2019): Europa dezentrieren. Globale Verflechtungen neu denken. Frankfurt am Main/New York: Campus.

Bojadžijev, Manuela (2020): Anti-Racism as Method. In: John Solomos (Hg.): Routledge International Handbook of Contemporary Racisms. Oxon/New York: Routledge, 193-204, DOI: <https://doi.org/10.4324/9781351047326-15>.

Bojadžijev, Manuela/Regina Römhild (2014): Was kommt nach dem „transnational turn“? Perspektiven für eine kritische Migrationsforschung. In: Labor Migration (Hg.): Vom Rand ins Zentrum: Perspektiven einer kritischen Migrationsforschung. Berliner Blätter 65, 10-24.

Der Paritätische Gesamtverband (2024): Fortschreitende soziale Ausgrenzung: „Sicherheitspaket“ und AsylbLG-Kürzungen treten in Kraft (31. Oktober 2024), <https://www.der-paritaetische.de/alle-meldungen/fortschreitende-soziale-ausgrenzung-sicherheitspaket-und-asylblg-kuerzungen-treten-in-kraft/>, aufgerufen am 6.4.2025.

Europäischer Rat (o. J.): EU-Asylrecht (archive.today-Screenshot der URL <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/eu-migration-policy/eu-asylum-reform/> vom 19. September 2023), <https://archive.ph/pIHCr>, aufgerufen am 6.4.2025.

Gemeinhardt, Anne/Lars Wiebke (2025): Aktive aus der Erwerbsloseninitiative „BASTA!“. In: Nationale Armutskonferenz (Hg.): Schattenbericht: Armut in Deutschland, 44-46, <https://www.nationale-armutskonferenz.de/wp-content/uploads/Schattenbericht-2025.pdf>, aufgerufen am 6.4.2025.

- Kasperek, Bernd (2021): *Europa als Grenze. Eine Ethnographie der Grenzschutz-Agentur Frontex*. Bielefeld: transcript.
- Mezzadra, Sandro/Brett Neilson (2020): *Border as Method, or, the Multiplication of Labor*. Durham: Duke University Press, DOI: <https://doi.org/10.1515/9780822377542>.
- Mulder, Evert-Jan (2024): *Europeanization the Digital Way: Trans-European IT Systems – The Case of EESSI*. In: David Ramiro Troitiño (Hg.): *E-Governance in the European Union*. Cham: Springer, 227-241, DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-031-56045-3_15.
- Riedner, Lisa (2018): *Arbeit! Wohnen! Urbane Auseinandersetzungen um EU-Migration*. Münster: edition assemblage.
- Riedner, Lisa/Sabine Hess (2024): *Mapping new colour lines – border studies within a workfare state*. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 50/11, 2707-2728, DOI: <https://doi.org/10.1080/1369183X.2023.2298542>.
- Roy, Ananya (2019): *Racial Banishment*. In: Antipode Editorial Collective u. a. (Hg.): *Keywords in Radical Geography: Antipode at 50*. 227-30, DOI: <https://doi.org/10.1002/9781119558071.ch42>.
- Thym, Daniel (2024): Ausschussdrucksache 20(11)460. Schriftliche Stellungnahme Professor Dr. Daniel Thym, Konstanz (3. April 2024), <https://www.bundestag.de/resource/blob/996654/8afee0c83d246069ebd512a2de513624/Stellungnahme-Thym.pdf>, aufgerufen am 6.4.2025.
- TRANSIT MIGRATION Forschungsgruppe (Hg.) (2015): *Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas*. Bielefeld: transcript, DOI: <https://doi.org/10.14361/9783839407813>.
- Tsianos, Vassilis/Sabine Hess (2010): *Ethnographische Grenzregimeanalyse*. In: Bernd Kasperek/Sabine Hess (Hg.): *Grenzregime. Diskurse, Praktiken, Institutionen in Europa*. Berlin: Assoziation A, 243-264.
- Wathelet, Melchior (2015): *Schlussanträge des Generalanwalts*, 71. (4. Juni 2015), <https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?docid=164741&mode=req&pageIndex=1&dir=&occ=first&part=1&text=&doclang=DE&cid=913740>, aufgerufen am 6.4.2025.